

Zur Lage der CDU im Herbst 2026: Mit klarem Wertekompass Kurs halten

Ohne Zweifel sind die Wahlerfolge der extremistischen AfD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und der extremistischen Linken in Berlin sowie das Scheitern der CDU an der 5-Prozent-Hürde in Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Herausforderung für die CDU. Dass manche darauf wie ein nervöser Hühnerhaufen reagierten, hilft aber nicht, diese Herausforderung zu bewältigen. Es wäre besser sich an William Shakespeare zu orientieren, der einmal treffend formulierte: „Das bessere Teil der Tapferkeit ist – Besonnenheit.“

Die Lage

Zu dieser Besonnenheit gehört zunächst einmal die realistische Einordnung der Wahlergebnisse des Jahres 2026. Dabei soll nicht verharmlost werden, dass sich z. B. in Sachsen-Anhalt fast 60 Prozent der Wähler mit AfD, BSW und Linker für Parteien entschieden haben, die eine andere Republik wollen. Es ist auch wenig tröstlich, dass in Sachsen-Anhalt weniger Menschen wahlberechtigt sind als im Regierungsbezirk Münster.

Aber es ist notwendig, die unterschiedliche Größe der Bundesländer mit ihren sehr verschiedenen Ergebnissen ganzheitlich zu bewerten. Eine Stimme in Rheinland-Pfalz ist nämlich der in Sachsen-Anhalt gleichwertig. Zusammengerechnet haben die 11.651.911 Wählern bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin 2026 ihre Stimme so abgegeben:

Gesamtergebnis der Landtagswahlen 2026

CDU	2.842.650	24,4 %
AfD	2.665.994	22,8 %
Grüne	2.219.066	19,4 %
SPD	1.527.739	13,1 %
Linke	964.937	8,3 %
BSW	318.611	2,7 %

Auf die demokratische Mitte entfielen 2026 also knapp 60 Prozent der Stimmen und auf die extremistischen Randparteien 33,8 Prozent. In jedem Bundesland war eine andere Partei Wahlsiegerin. Zum Regierungswechsel kam es bisher nur in Rheinland-Pfalz (zugunsten der CDU). Wahrscheinlich ist ein solcher Wechsel (zugunsten der AfD) in Sachsen-Anhalt. Offen ist die Lage in Berlin.

Es handelte sich bei diesen Landtagswahlen um die ersten aussagekräftigen Wahlen seit der Bundestagswahl im März 2025, denn zwischenzeitliche Kommunalwahlen sind zu sehr von kleinteiligen örtlichen Spezifika geprägt. Wer die Ergebnisse der Landtagswahlen 2026 mit den Ergebnissen der Bundestagswahlen in den jeweiligen

Bundesländern vergleicht, sieht wie gering die Abweichungen sind. Deshalb kann man durchaus überrascht sein, wie sehr manche von den Ergebnissen der Landtagswahlen überrascht waren.

Vergleich der AfD-Ergebnisse Bundestagswahl 2025 und Landtagswahlen 2026

	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Berlin
Bundestag 2025	19,4 %	20,1 %	37,1 %	35,0 %	15,2 %
Landtag 2026	18,8 %	19,5 %	43,8 %	38,2 %	16,3 %

Die AfD stagnierte fast überall im Vergleich zur Bundestagswahl, erreichte aber einen beachtlichen Stimmenzuwachs in Sachsen-Anhalt. Man darf daran erinnern, dass dort schon 1998 die rechtsextremistische DVU mit 12,9 % ihr bestes Ergebnis erreicht hat. Die Linke in Berlin erreichte bei der Bundestagswahl 2025 19,9 % und kam bei der Abgeordnetenhauswahl 2026 auf 25,7 %

Vergleich der CDU-Ergebnisse Bundestagswahl 2025 und Landtagswahlen 2026

	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Berlin
Bundestag 2025	31,6 %	30,6 %	23,5 %	17,8 %	21,3 %
Landtag 2026	29,7 %	31,0 %	17,9 %	4,9 %	18,8 %

Auch die CDU stagnierte gegenüber der Bundestagswahl in drei Bundesländern. In Sachsen-Anhalt trug zum Stimmenverlust sicherlich auch der späte Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten bei. In Berlin hielt sich für die CDU der Stimmverlust angesichts des in diesem Fall durch einen Skandal erzwungenen Wechsel des Spitzenkandidaten in erstaunlich übersichtlichen Grenzen. Der wirklich dramatische Einbruch für die CDU mit dem Scheitern an der 5-Prozent-Klausel war ein spezifisches Ereignis in Mecklenburg-Vorpommern. Hier spielte sicherlich der besondere Wahlkampf der SPD-Ministerpräsidentin Schwesig („Die Frau gegen blau“) eine Rolle.

Die Antwort

Dass nach der Bundestagswahl 2025 extremistische Parteien ihre Stärke konsolidiert haben, erschreckend ist ohne Zweifel Anlass zur Sorge. Jetzt geht es um die angemessene Reaktion darauf.

Nicht sinnvoll ist die Antwort beispielsweise des grünen Ministerpräsidenten Cem Özdemir aus Baden-Württemberg, dass nach dem AfD-Erfolg in Sachsen-Anhalt für alle demokratischen Kräfte, „nichts mehr bleiben kann, wie es ist“. Dazu schrieb Reinhard Müller in der FAZ vom 7. September zu Recht: „Nein. Gerade jetzt darf nicht panisch alles über den Haufen geworfen werden. Gerade jetzt zeigt sich, wer über Werte und einen Kompass verfügt. Der wird auch die Oberhand behalten gegen jene, die alles infrage stellen.“

Auch die vom hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU) begonnen Diskussion, man müsse sich von AfD „klar abgrenzen“, dürfe sie aber nicht „ausgrenzen“ ist Wortklauberei. Seine Problematisierung des Begriffs

„Brandmauer“ ist fruchtlos, weil jeder darunter etwas anderes versteht. Eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD kommt nicht in Frage, denn die AfD will genau das Gegenteil von dem, wofür die CDU steht und was u. a. Adenauer und Kohl für Deutschland erreicht haben. Das gilt auch für die Linke. „Unvereinbarkeit“ beschreibt das Verhältnis der von Christdemokraten zur AfD und zur Linken) noch klarer als der Begriff „Brandmauer“.

Wenn Rhein meint, man solle der AfD Ausschussvorsitzende oder Plätze in Parlamentspräsidien „zugestehen“, ignoriert er, dass über diese Positionen in Wahlen durch Abgeordnete entschieden wird. Als Christdemokrat gebe ich keinem AfD-Vertreter meine Stimme. Das tun übrigens auch die hessischen CDU-Abgeordneten nicht: Im dortigen Landtag bekam der AfD-Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten des Landtags noch am 1. Oktober in drei geheimen Wahlgängen 27 bis 29 Ja-Stimmen bei 92 bis 94 Nein-Stimmen. Die AfD-Fraktion zählt in Hessen derzeit 25 Abgeordnete. Drei weitere fraktionslose Parlamentarier kommen aus der AfD. Es gab also ganz offenkundig keine Stimmen demokratischer Parteien für den AfD-Kandidaten.

Umso irritierender ist das Ergebnis bei der geheimen Wahl des Parlamentspräsidenten in Sachsen-Anhalt, denn dort bekam der AfD-Kandidat vier Stimmen mehr als AfD und BSW haben. Ob diese vier Stimmen aus der CDU kamen oder von Abgeordneten, die der CDU eine Debatte über ihr Verhältnis zur AfD aufzwingen wollten, bleibt offen. Falsch war aber die Empfehlung des CDU-Fraktionsvorsitzenden (und Ministerpräsidenten) Schulze, man solle sich enthalten. Das haben dann auch nur fünf der 14 anwesenden CDU-Angeordneten umgesetzt.

Auch Fantasien von einer Minderheitsregierung, die manche angeblichen „Vordenker“ der CDU vor allem zur eigenen Profilierung in Talkshows vermarkten, führen in die Sackgasse. Eine derartige Abhängigkeit z. B. vom Abstimmungsverhalten der AfD wäre für die CDU fatal und wird nicht nur von der Parteiführung und den Amts- und Mandatsträgern, sondern auch von der ganz überwiegenden Mehrheit der CDU-Mitglieder klar abgelehnt.

Es ist zwar richtig, dass viele Bürger mit ihrer Wahlentscheidung gerade in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern der Bundesregierung einen Denkkzettel erteilen wollten. Dass sich deshalb manche in der Union von den Medien in Planspielchen über einen Kanzlerwechsel verwickeln ließen, war ein schwerer Fehler. Man schafft kein Vertrauen, wenn die eigene politische Familie öffentlich das eigene Spitzenpersonal demontiert. Niemand sollte vergessen, dass die Union die Bundestagswahl 2021 vor allem deshalb verloren hat, weil Markus Söder ständig öffentlich gegen Armin Laschet stänkerte.

Wie bei allen Kanzlern ist Kritik an Friedrich Merz legitim und nicht selten auch berechtigt. Das galt auch für Adenauer, Kohl und Merkel. Aber die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung liegt nicht nur an der Person des Kanzlers, sondern hat eine wesentliche Ursache im mangelnden Teamgeist der Koalition und des Kabinetts insgesamt: Das gilt besonders für Arbeitsminister Bärbel Bas und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig von der SPD und Wirtschaftsministerin Katharina Reiche und Ministerpräsident Michael Kretschmer von der CDU. Kaum ist zwischen Union und SPD eine gemeinsame Entscheidung getroffen, distanzieren sich diese Repräsentanten der beiden Parteien davon. Wenn aber diejenigen, die einen Kompromiss geschlossen haben, schon am Tag danach nichts mehr davon wissen wollen, kann man nicht erwarten, dass die Bürger einem solchen Kompromiß freudig zustimmen. Dass es auch anders geht, zeigen Minister wie Karin Prien, Nina Warken und Boris Pistorius

ebenso wie das geräuschlose Regieren der Koalitionen in Bundesländern wie NRW, Hessen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz.

Es ist der auch falsche Weg, aus der christdemokratischen CDU eine nur konservative Partei zu machen. Bei einer solchen Einseitigkeit würde das besondere Profil der CDU als Volkspartei der Mitte verblassen. Das „C“ der CDU steht für das christliche Menschenbild der Zugewandtheit und Empathie: der Mensch steht im Mittelpunkt und nicht Systeme oder Paragraphen. Dazu gehört die Pflicht der Volkspartei, sich am Gemeinwohl und nicht an Einzelinteressen zu orientieren. Markenzeichen der CDU ist deshalb die Soziale (!) Marktwirtschaft, die sich von rein marktwirtschaftlichen Modellen der Konservativen und Liberalen unterscheidet. Konservative und liberale Strömungen haben in der CDU ihren Platz, aber es muss immer klar bleiben, dass die Christdemokratie ihr Zentrum ist.

Die Glaubwürdigkeitskrise der CDU hat auch damit zu tun, dass nicht alle ihrer Repräsentanten vermitteln, dass sie für ihre Grundüberzeugungen „brennen“ und einen Wertekompass haben, der sie antreibt. Emotionsloser Pragmatismus schafft noch kein Vertrauen. Es geht auch darum, dass die Menschen spüren, dass Politiker persönliche Überzeugungen haben. Dazu gehört die Bereitschaft, auch Ecken und Kanten zu zeigen und Gegenwind auszuhalten. Diese persönliche Glaubwürdigkeit schafft Vertrauen. Das war das Erfolgsrezept von Politikern wie Konrad Adenauer, Willy Brandt und Helmut Kohl.

Es geht eben in der Politik nicht nur um das „Was“, sondern auch um das „Wie“ – gerade in Zeiten des zunehmenden Einflusses „sozialer“ Medien. Wie der „gut gelaunte und fröhliche“ AfD-Siegmund oder die „strahlende“ Linken-Reichinnek mit der Art des Auftretens Wirkung erzielen, ist bemerkenswert. Dem gegenüber merkt man zu vielen christdemokratischen Repräsentanten die „Fröhlichkeit des Herzens“ zu selten an. Sie sollten sich daran erinnern, dass es schon Alten Testament heißt: „Ein Betrübter hat nie einen guten Tag, aber ein guter Mut ist ein tägliches Fest“ (Buch der Sprüche 15,15)

Auch die neue Erfahrung, dass höhere Wahlbeteiligung nicht mehr automatisch demokratischen Parteien nutzen, sondern eher den Extremisten, verlangt nach mehr Empathie. Die meist wenig politisierten bisherigen Nichtwähler orientieren sich weniger an der Sachlogik düsterer Krisenszenarien, sondern verlangen vor allem die emotionale Überzeugungskraft freudiger Zuversicht.

Für Christdemokraten gelten Überzeugungen auch nach einer Wahlniederlage. Man darf dann nicht nervös einknicken, sondern muss umso energischer für diese Überzeugungen streiten. Das haben Adenauer bei der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft und der Einführung der Bundeswehr und Helmut Kohl bei der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und der Einführung des Euro vorgemacht. Sie haben sich auch durch demoskopischen Gegenwind und große Demonstrationen nicht abbringen lassen, sondern Kurs gehalten.

Die CDU muss durch einen klareren Kurs der Mitte ihr Profil als Alternative zu den politischen Rändern schärfen. Die Erfolge von AfD und Linker sind für Christdemokraten ein Auftrag, noch engagierter für die eigenen Überzeugungen zu arbeiten. Dabei hilft der Rat der Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach: „Die Gelassenheit ist eine anmutige Form des Selbstbewusstseins.“